

Think Tank Corner

Dialog über Deutschlands Zukunft abgeschlossen: Empfehlungen zur verbesserter Politikberatung und politischer Planung

Am 28. August 2012 endete mit der Übergabe des Abschlussberichtes der Experten der mehrmonatige Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin, der einen Expertendialog und einen Bürgerdialog beinhaltete.¹ Unter den mehr als 120 Experten in 18 Arbeitsgruppen befanden sich zahlreiche Mitglieder deutscher und internationaler Think Tanks sowie von anderen Beratungsgremien:² Bertelsmann Stiftung, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, European Policy Center, Wuppertal Institut, Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt, IFOK-Institut, Stiftung Neue Verantwortung, Robert-Bosch-Stiftung, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, German Marshall Fund, Deutsches Jugendinstitut, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sachverständigenrat Umweltfragen, Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung, diverse Fraunhofer Institute, politische Stiftungen u.a.m. Die übrigen Experten waren Universitätsprofessoren, Angehörige von Forschungsabteilungen großer Unternehmen sowie Praktiker aus dem Sozial- und Bildungsbereich. Laut Presseberichten³ haben nicht alle Vorschläge Chance auf Umsetzung, manche aber doch – Beispiele: eine jährliche Europa-Konferenz mit Politik, Wissenschaft und Kultur in Berlin und die Aufwertung des 3. Oktobers als Gedenktag.

Auffällig ist, dass sich etwa ein Dutzend Vorschläge direkt oder indirekt auf die Gestaltung der Politikberatung und der Politikplanung beziehen. Hier einige Beispiele:

So schlägt die Arbeitsgruppe I.2.b) „Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung“ u.a. die Einrichtung einer Enquete Kommission des Deutschen Bundestages vor, die weitere Vorschläge zum Ausbau der Bürgerbeteiligung innerhalb der Institutionen der repräsentativen Demokratie erarbeiten soll, (S. 48)⁴ und empfiehlt konkrete Schritte zu mehr Bürgerbeteiligung in Gesetzgebungs- und Verwaltungsverfahren. (S. 48 und 49) Darüber hinaus soll unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin ein „Sachverständigenrat für bürgerschaftliches Engagement“ eingerichtet werden. Der Rat ist – zunächst als „Pilotprojekt“ auf die Dauer von zwei Mal fünf Jahren – als Forum von und für die Zivilgesellschaft konzipiert. Profil, Arbeitsweise und organisatorische Infrastruktur des Rates sollen sich am Modell des „Sachverständigenrates der deutschen Stiftungen für Integration und Migration“ (www.svr-migration.de), einer Initiative privater Stiftungen, orientieren. (S. 53)

Die Arbeitsgruppe I.3.a) „Deutschlands Selbstbild“ empfiehlt das französische Modell der Beamtenausbildung für den höheren Dienst an einer zentralen Bundesuniversität (z. B. Speyer) nach dem Vorbild der französischen École normale d'administration (ENA) in Gestalt studienergänzender Masterstudiengänge oder berufsbegleitender Lehrgänge. (S. 57-58) Vorgeschlagen wird ferner eine jährliche Europa-Konferenz in Berlin, die – analog der Münchener Sicherheitskonferenz –

Politik, Wissenschaft und Kultur zusammenbringt, um die zentralen Fragen der Europapolitik zu erörtern sowie Handlungsvorschläge für die deutsche Rolle in der EU zu erarbeiten. (p. 59)

Aus der Arbeitsgruppe I.3.b) „Deutschland in den Augen der Welt“ ertönt der Vorschlag, die Bundesregierung sollte regelmäßig in Deutschland ein Internationales Deutschlandforum veranstalten, um gemeinsam mit deutschen und internationalen Entscheidern und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Transformations-, Modernisierungs- und Innovationsvorhaben zu diskutieren, die das Ausland und Deutschland gleichermaßen bewegen. (S. 64)

Ferner empfiehlt die Arbeitsgruppe die Einrichtung eines außenpolitischen Sachverständigenrates von bis zu sieben Mitgliedern, der in Anlehnung an das Verfahren zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konzipiert ist. Der neue SVR Außenpolitik erstellt jährlich ein öffentliches Gutachten zu Stand und Entwicklung der deutschen Außenbeziehungen, das den „Blick von außen“ systematisch einbezieht. Die Bundesregierung muss zu dem Gutachten schriftlich Stellung nehmen. Gutachten und Stellungnahme der Bundesregierung werden dem Bundestag zur Debatte vorgelegt. Doch noch weitere beratende Gremien werden empfohlen: Beim Bundeskanzler/ bei der Bundeskanzlerin wird ein permanenter Stab zur ressortübergreifenden Koordinierung deutscher Sicherheitspolitik geschaffen. (S. 66) Die Bundesregierung sollte im Bundeskanzleramt einen Stab für Langzeitanalyse und strategische Vorausschau einrichten. Seine Aufgabe wäre es, Risiken, Gefahren und Chancen zu analysieren bei Verdeutlichung von zugrundeliegenden Annahmen, Prägungen, Werten und Interessen. (S. 67)

Die Tendenz der Empfehlungen ist klar: mehr Zentralisierung der Politikplanung und der Beamtenaus- und -weiterbildung, aber auch mehr Gesellschaftsberatung und mehr ressortübergreifende Planungszellen in der Exekutive.

*Martin Thunert, Heidelberg Center for American Studies,
E-Mail: Martin.thunert@t-online.de*

- 1 Zum Verfahren des Zukunftsdialogs siehe www.dialog-ueber-deutschland.de/DE/10-DIALOG/Expertendialog/expertendialog_node.html.
- 2 Quelle: Endfassung des Berichts, www.dialog-ueber-deutschland.de, [31.8. 2012]
- 3 Vgl. u.a. www.spiegel.de/politik/deutschland/zukunftsdialog-von-meer-keil-beendet-a-852639.html, [31.8. 2012]
- 4 Die Seitenangaben beziehen sich auf die Kurzfassung des Abschlussberichts unter www.dialog-ueber-deutschland.de, [31.8.2012]